



## **AFRIKA/COTE D'IVOIRE - „WAFFENSTILLSTAND? DAS IST NICHT DER WAHRE FRIEDE. DIE MENSCHEN WÜNSCHEN SICH EINE RÜCKKEHR ZU ANSTÄNDIGEN LEBENSBEDINGUNGEN UND DAS ENDE DER PLÜNDERUNGEN“, BERICHTEN MISSIONARE AUS COTE D'IVOIRE**

Abidjan (Fidesdienst) – „Die Menschen sind der Sache müde. Es ist an der Zeit, dass sich etwas ändert. Man kann nicht monatelang unter anarchischen Verhältnissen leben“, erklären Missionare aus Cote d'Ivoire gegenüber dem Fidesdienst zur Situation der Bevölkerung in den von den Rebellen kontrollierten Gebieten. Seit September letzten Jahres befinden sich weite Gebiete von Cote d'Ivoire (Elfenbeinküste) in den Händen verschiedener Rebellenbewegungen, die den Rücktritt von Staatspräsident Laurent Gbagbo fordern. In den vergangenen Tagen einigten sich Vertreter der regulären Streitkräfte aus Cote d'Ivoire und Liberia mit den Anführern der Rebellen auf einen Waffenstillstand. Liberia wird die Grenze zu Cote d'Ivoire überwachen und damit den Grenzübergang von Soldaten, insbesondere Söldnern aus Liberia und Sierra Leone, und Waffen verhindern. Unterdessen konnte das Staatsoberhaupt sich immer noch nicht mit den Rebellenführern einig werden, was die Besetzung der Ämter des Innen- und Verteidigungsministeriums anbelangt.

„Hier in der nördlichen Landesmitte herrscht schon seit mehreren Monaten Waffenstillstand“, so die Missionare gegenüber dem Fidesdienst, „dafür danken wir dem Herrn. Doch es heißt nicht das Frieden herrscht, wo es keine Gefechte gibt. Die Rebellen leben zu Lasten der Menschen. Bis vor kurzem hieß es, sie würden sich des staatlichen Eigentums bemächtigen, weil der Staat ihnen viel Geld schulde. Viele Guerillakämpfer sind ehemalige Soldaten der regulären Streitkräfte, die ihre Waffen gegen den Staat erhoben haben, weil er ihnen die Gehälter nicht zahlte. Nachdem zunächst öffentliche Gebäude und Banken geplündert wurden, ist nun die Zivilbevölkerung an der Reihe. Die Rebellen dringen bewaffnet in die Wohnungen ein und nehmen sich, was sie wollen. Auf den Hauptverbindungsstraßen gibt es alle hundert Meter Straßensperren, an denen oft 16/17jährige Jugendliche mit Maschinengewehren stehen, die Geld, Lebensmittel und anderes einfordern. Geschäftsleute, die ihre Geschäfte wieder öffnen wollten, haben die Gegend verlassen, weil sie nicht weiterhin Gewalt und Plünderungen über sich ergehen lassen wollen. Diese Situation hält nun schon seit Monaten an und führt zu Unmut unter der Bevölkerung, denn inzwischen werden auch lebensnotwendige Güter und insbesondere Medikamente knapp“. (LM)

(Fidesdienst 5/5/2003 – 29 Zeilen, 348 Worte)